

Davoser Seminar in New York: Mut oder Zynismus?

Veröffentlicht am 09.11.2001

Der Geist des World Economic Forum in Davos soll nächstes Jahr den Opfern der Zerstörung der zwei Worldtrade-Center-Türme in Manhattan, den Überlebenden und der New-Yorker Bevölkerung die Ehre erweisen. Am Ort des schrecklichen Geschehens soll in einem anderen Wahrzeichen Manhattans, dem weltberühmten Waldorf-Astoria-Hotel, das Davoser-Seminar 2002 durchgeführt werden. Damit soll der Welt die wiedererwachte Widerstandskraft der New-Yorker, der USA, der westlichen Welt und insbesondere der von Manhattan verkörperten Wirtschaftsmacht (der Big Business) durch das Zusammentreffen der weltweit wichtigsten Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik demonstriert werden. Der Mut des WEF-Bosses, Prof. Dr. Klaus Schwab, ist erschlagend! Ganz im Sinne des vom abtretenden New Yorker Bürgermeisters Giuliani und seinem Nachfolger Bloomberg, ein Manhattan Milliardär, gezeigten Widerstandsgeistes. Ob allerdings Manhattan und seine Bevölkerung, die USA und die westliche Welt damit ihren Kampf gegen Angst und Panik vor einem sich immer breiter ausdehnenden, schwer fassbaren Terrorismus gewinnen werden, ist eine andere Frage? Aber eben deshalb will ja das WEF mit seinem "Spirit of Davos" zu Hilfe kommen.

Offenbar sind die Organisatoren bereit, die damit verbundenen Risiken in Kauf zu nehmen. Denn das Davoser Seminar ist in den 32 Jahren seines Bestehens zum Sinnbild einer globalen Wirtschaft, einer Mondialisierung der entscheidenden Machtzusammenballungen auf allen Gebieten menschlichen Tätigwerdens geworden. Davos war der Treffpunkt der Inhaber dieser Macht, die ehrlich, wohl sehr oft aber nur angeblich das Wohlergehen aller Menschen und damit den Frieden fördern wollten, in Wirklichkeit aber mit dem von ihnen praktizierten masslosen Wirtschaftsliberalismus das Gegenteil bewirkten: die Reichen und Mächtigen wurden noch mächtiger und reicher und die Armen noch ärmer und hilfloser. In den armen Länder und Völker der Welt wird der im Westen derart hochgepriesene Neoliberalismus mit einem wirtschaftlichen und damit auch politischen Neokolonialismus gleichgesetzt. Dadurch ist ein idealer Nährboden entstanden für Fanatismus, Rebellion und Terrorismus, aber, gerade auch in den armen Ländern, für das zu Bodentreten demokratischer Rechte, damit auch der Garantie minimalster Menschenrechte.

Hoffentlich wird später die Geschichtsschreibung den 11. September 2001 nicht mit dem 14. Juli 1789 vergleichen, obwohl seit Jahren davor gewarnt wird, dass der Graben zwischen Arm und Reich, zwischen Macht und Hilflosigkeit zu einer neuen Art französischer Revolution, aber mit noch viel schrecklicheren Vorzeichen, führen könnte. So sehr dem Terrorismus die Stirne zu bieten ist, so sehr ist zu befürchten, dass ihnen mit noch soviel Versicherungen von Toleranz, Hilfe und Frieden der Mächtigen an einem Davoser-Forum, gerade in New-York dem Sinnbild

wirtschaftlicher Grösse, nicht beizukommen ist. Die Gefahr besteht, dass eine solche Veranstaltung von den Armen und Ärmsten der Welt als Herausforderung empfunden wird. Also keine beschwichtigende Wirkung, sondern eher noch mehr Öl aufs Feuer! Da mag das Sicherheitsdispositiv noch so monumental durchorganisiert sein – es bleibt mehr als nur ein Restrisiko!

Wenn das Vorhaben gelingt, dann werden das WEF, Prof. Schwab und mit ihnen New-York und die USA gross heraus kommen, vorausgesetzt, dass die Grossen und Mächtigen der Welt wirklich teilnehmen. Bleiben sie weg, dann gibt es einen "flop", New York und die Welt kommen mit einem blauen Auge davon. Kommen aber die Mächtigen und Reichen, dann könnte, was zwar niemand hofft, das doch recht grosse Restrisiko zur schrecklichen Wirklichkeit werden: Eine kaum mehr wieder gut zu machende Schlappe im Kampf gegen den Terrorismus. Und die Schweiz würde wegen dem "Spirit of Davos" einmal mehr zum Schuldigen erklärt, wie die Swissair am Bankrott der Sabena. Vielleicht erinnert sich dann niemand mehr daran, aber in der Schweiz wird zu fragen sein, warum der Bundesrat nicht härter Herrn Schwab Nein gesagt hat: Der gute Ruf von Davos und damit der Schweiz, gehören nämlich weder dem WEF noch Prof. Schwab. Sie können also damit nicht tun, was sie wollen, auch nicht ihren Mut auf die Spitze treiben zu wollen. Oder geht es eher um einen maximalen Publizitätseffekt, gleichgültig wie gross das Restrisiko? Das wäre dann eher eine Art von unverantwortlichem Zynismus!

Der Balkan braucht ein stabiles Bulgarien

Veröffentlicht am 16.11.2001

Bei den Präsidentschaftswahlen in Bulgarien sollte vielen verantwortungsbewussten Politikern des Landes, hoffentlich auch dem neuen Präsidenten Georgi Parvanow und seiner sich als Reform-Sozialisten bezeichnenden Partei, klar geworden sein, dass die Stunde der Wahrheit geschlagen hat. Das Land muss gerade jetzt mit einem Präsidenten, der keine Mehrheit im Parlament hat, und einer Regierung, die ihren Präsidenten verloren aber immer noch über die Mehrheit im Parlament verfügt, zu einer neuen Einheit, zumindest zu einem einigermaßen funktionierenden Modus Vivendi zusammenfinden: nur so kann es den vom Zaren Simeon II, als Ministerpräsident, eingeschlagenen Weg einer Gesundung der Wirtschaft, Verbesserung der sozialen Lebensbedingungen, sowie eine möglichst weitgehende Vernichtung der das Land zermürbenden Korruption einhalten. Ohne diese Anstrengung wird das, aus seiner Geschichte als äusserst widerstandsfähig bekannte Land, den letzten Funken an Selbstvertrauen verlieren. Dadurch könnte das Vertrauen besonders in Europa, aber auch in der übrigen Welt ebenfalls verloren gehen. Dafür ist Bulgarien mit seiner strategischen Stellung auf dem einzigen direkten Landweg des Okzidents zum Orient und damit auch seiner Bedeutung als ein stabilisierender Faktor im Zentrum des Balkans viel zu wichtig.

Schluss mit dem Sowjet-Trauma

Viele Bulgaren trauern irgendwie der Zeit unter der Sowjetunion nach, obwohl das Land zweifellos politisch, wirtschaftlich, sozial und menschlich sehr gelitten hat. Für die von Natur aus individualistischen, freiheitsliebenden, mutigen aber auch hitzköpfigen Bulgaren musste sich das harte Regime nach sowjetischem Muster wie eine Zwangsjacke anfühlen.

Zwar hatten sie mit solchen Verhältnissen von ihrer fünf Jahrhunderte dauernden Beherrschung durch das Osmanische Imperium einige Erfahrungen gesammelt. Irgendwie waren sie "genetisch" dagegen geimpft: ihr Mutterwitz, eine gehörige Portion von Mut und eine eingeborene Fähigkeit des „Sich-Helfen-Wissens“ in allen Lebenslagen, eine Art der Pfiffigkeit, die in ihrer Bezeichnung auf bulgarisch *Tarikat* als eine menschlich positive Eigenschaft verstanden wird. haben dem bulgarischen Volk immer wieder geholfen, sich mit ihrer sprichwörtlichen Einsatzfähigkeit, Genügsamkeit und Arbeitskraft über Wasser zuhalten. Eigenschaften, die nach vielen Kritikern, unter dem Sowjetregime verloren gegangen seien. Wohl nicht mehr oder weniger als bei manchem anderen Volk und wohl weniger wegen dem politischen Regime als den an sich zur Faulheit aufmunternden Fortschritten unserer modernen, allzu amerikanisierten Zivilisation.

Der plötzlich Zusammenbruch der Comecom-Märkte

Was Bulgarien aber wirklich unter dem Sowjetregime geschadet hat, war der Umstand, dass sich ihre ganze wirtschaftliche Tätigkeit auf die Sowjetunion und die übrigen Comecom-Märkte ausgerichtet hatte. Beim Zusammenbruch der Sowjetunion ist dann diese allzu einseitig ausgerichtete Wirtschaft zum grössten Teil, gewissermassen über Nacht, in sich zusammengefallen.

Die Wirtschaftszweige, die auch während der Sowjetzeit weiter entwickelt werden konnten, betrafen vor allem spezialisierte landwirtschaftliche Erzeugnisse (Wein, Gemüsekonserven, spezielle Öle und Aromate aus Rosen, Lavendel und anderen Pflanzen), chemische Grundstoffe und Halbfabrikate, eine leider fast ausschliesslich auf die Bedürfnisse der Sowjetunion und der übrigen Comecom-Märkte ausgerichtete Konsumgüter-Industrie, ein prosperierender, weil preiswerter Tourismus besonders an der Schwarzmeerküste mit über 100'000 Betten, eine relativ gut funktionierende Infrastruktur, Strassen und Bahnen, denen bereits der Vater des heutigen Ministerpräsidenten, Zar Boris III, seine besondere Aufmerksamkeit geschenkt hatte. Diese Wirtschaftszweige waren aber beim plötzlichen Zusammenbruch der Comecom-Märkte nicht in der Lage, ebenfalls, gewissermassen über Nacht, auf neue westliche Märkte auszuweichen oder dort, wo sie bereits Fuss gefasst hatten, ihre Positionen kurzfristig auszubauen. Sie waren deshalb auch nicht mehr in der Lage, die ganze bulgarische Wirtschaft in Gang zu halten. Dabei zog das eine das andere mit sich; die gut gehenden Wirtschaftszweige wurden in die Wirtschaftskrise des ganzen Landes gezogen.

Der verpasste Anschluss an den Westen

Dazu kam das Verpassen des Anschlusses an die grossen multilateralen Wirtschaftsgebilde und die fortschreitend liberalisierten Märkte. Die Bulgaren hatten allerdings für den Anschluss an die westliche Welt bereits in den letzten Jahren sowjetischer Dominanz grosse eigenständige Versuche unternommen: Besonders auf dem Gebiet der Handelspolitik mit der Entwicklung einer Reihe halbstaatlicher oder sehr unabhängig funktionierender Handelsorganisationen, Bildung internationaler Handelskammern und Pflege der Bilateralen Beziehungen zu westlichen Ländern, insbesondere auch der Schweiz.

Seitens des Westens wurde diesen Bemühungen wenig Interesse entgegengebracht. Das wurde meistens mit dem Vorwurf der mangelnden Freiheit des bulgarischen Volkes begründet, obwohl das Land es verstanden hatte, gerade in kultureller und religiöser Beziehung, gleich wie unter der osmanischen Herrschaft, und trotz all den sowjetischen Agenten, das hergebrachte Bulgarentum zu pflegen und weiter zu entwickeln. Wie die meisten Bulgaren in dieser Zeit zu sagen pflegten, seien sie zuerst Bulgaren, dann Slawen und Brüder der Russen und der anderen slawischen Völker und erst an dritter Stelle (vielleicht) Kommunisten. Das „vielleicht“ sprachen sie zwar nicht aus, aber man spürte, wenn man mit dem Bulgarentum seit seiner Kindheit vertraut war, sehr rasch heraus, wer was war. Das traf besonders bei den intellektuellen und künstlerischen Kreisen, Professoren und Studenten der Universitäten, Hochschulen, den ständig mit dem Westen im Kontakt stehenden Beamten, aber auch bei den einfachen Menschen auf dem Lande zu, die sich von der Politik durch einen Rückzug in die Folklore, die Pflege von Tradition, Tanz und Gesang, abgrenzten. Etwas, dass dank der westlich eingestellten Tochter des letzten streng kommunistischen Präsidenten Schiwkow, Ludmilla Schiwkowa als Kulturministerin, bis zu ihrem tragischen, nie genau abgeklärten Tod, gepflegt und wenig behelligt wurde.

Wenn der Westen sich bereits in den 70/80 iger Jahren gegenüber Bulgarien ebenso konziliant und offen gezeigt hätte, wie gegenüber den Tschechen, den Polen und besonders den Ungarn, dann hätten die westlich eingestellten, sehr zahlreichen und oft auch massgebenden Bulgaren den Übergang vom Sowjeteinfluss zur westlichen Welt viel besser vorbereiten können. In dem an der Bruchstelle entstandenen Vakuum hätte sich dann die sowjetische und internationale Mafia nicht so leicht breit machen können, um anschliessend, zusammen mit der einheimischen Korruption, eine wirtschaftliche Erholung und einen echten Fortschritt in Richtung eines einigermaßen geordneten Landes zu verzögern.

Das Problem heute

Die geschilderte Entwicklung ist weitgehend an den Problemen schuld, die heute Bulgarien konfrontieren. Wenn die europäischen Grossmächte, die westliche Welt überhaupt, verhindern wollen, dass sich die bereits bestehenden Brandherde des Balkans auf Bulgarien ausdehnen, was wegen dem sprachlichen, historischen und ethnischen Zusammenhang zwischen den Bulgaren und Mazedonier ebenfalls

über Nacht geschehen könnte, dann sollten sie ein eminentes Interesse daran haben, Bulgarien durch eine massive und sofortige wirtschaftliche und finanzielle Hilfe rasch als ein stabilisierender Faktor im Balkan aufzubauen. Die Bulgaren wären zu einer solchen Aufgabe durchaus geeignet. Sie wären auf jeden Fall die damit verbundenen Investitionen ebenso viel wert, wie diejenigen, die bisher auf dem übrigen Balkan, einschliesslich Rumänien, Albanien und Griechenland vom Westen gemacht wurden. Das ganz einfach deshalb, weil die Bulgaren von ihrer Herkunft als Slawen und als ursprünglich selbständige Kleinbauern einen tief, in ihrer Natur eingprägten Sinn für demokratisches Zusammenleben haben. Man sollte auch aufhören, und das betrifft besonders viele während dem Sowjetregime ins Ausland abgewanderte Bulgaren, herumzureden, das Volk sei unter der Sowjetzeit faul und korrupt geworden. Im Gegenteil der rasche, fast reibungslos erfolgte Übergang zu einer funktionierenden Demokratie zeigte nur allzu deutlich, wie viel Kraft und Widerstandsgeist den Bulgaren geblieben ist.

Jetzt dem für den Balkan wichtigen Land eine Chance geben.

Jetzt geht es darum, dem Land unter der Leitung eines Mannes, wie dem Zaren Simeon II als Ministerpräsident, sowie dem neuen Präsidenten Georgi Parvanow als Vertreter eines anderen wichtigen politischen Teil des Landes eine Chance zu geben: es zeigen zu lassen, was es wirklich kann! Hat nicht gerade ein solcher Dualismus in vielen anderen Ländern zu einer erspriesslicheren Zusammenarbeit geführt als das System einer alles dominierenden Mehrheit. Auf jeden Fall ist jetzt eine Initialzündung von aussen dringend notwendig geworden: nicht die Umwandlung in ein EU- oder USA-Protectorat, wie das jetzt in Mazedonien getan wird, sondern die Hilfe zur selbständigen Schaffung gesunder wirtschaftlicher Verhältnisse durch Öffnung der westlichen Märkte und Projekte gemeinsamer Zusammenarbeit.

Das würde dem bulgarischen Volk wieder sein Selbstvertrauen zurückgeben und ihm helfen, den jungen demokratischen Rechtsstaat auszubauen und zu festigen. Die Bulgaren sind geborene Kaufleute (das und die Klöster sicherten bereits unter der türkischen Herrschaft das Überleben des Volkes), gute Berufsleute und sie haben gute Schulen. Sie lernen rasch und sie können viel und gut arbeiten - man denke nur an die Operationsschwestern in Winterthur, an die bekannten Ärzte, Chemiker und all die anderen Berufe. Sie und ihr Zar, wie sie ihn nennen und der es nicht unter seiner Würde hielt, als Premierminister zu amten, um dem Land zu helfen, brauchen jetzt eine Chance. Eine ehrlich Zusammenarbeit mit dem neuen Präsidenten und den refomgewillten Sozialisten könnten zu einem sich gegenseitig befruchtenden Dualismus führen.

Gerade kleine Länder, wie die Schweiz, sollten sich für einen umfassenden wirtschaftlichen Aufbauplan für ein Land, wie Bulgarien, vermehrt einsetzen, denn irgendwie sind beide Länder in einer ähnlichen Lage: Beide sind Hüter an einer wichtigen direkten Verbindungsachse Europas: die Schweizer an den Alpenübergängen und die Bulgaren an dem Balkangebirge auf dem Wege zum Bosphorus.

Ist die direkte Demokratie in der Schweiz am Ende?

Veröffentlicht am 28.11.2001

Leider muss diese Frage bejaht werden. Solange der Bundesrat nicht nur bei seiner Wahl, sondern auch bei der Erledigung aller Staatsgeschäfte, insbesondere der Gesetzgebung, vom Parlament abhängig war, und die Parlamentarier sich ihren Wählern gegenüber verantwortlich fühlten, bestand für das Stimmvolk die Gewähr, dass sich Bundesrat und Behörden auf ihre eigentliche Aufgabe als blosse Exekutive beschränken und nicht dem Volk vorschreiben wollten, was das beste für das Land ist.

Der Bundesrat gewinnt an Macht

Diese Ausgangslage hat sich inzwischen wesentlich verändert. Die zwei Weltkriege, die damit verbundenen Wirren, die sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, machten sehr oft den Gebrauch des Notrechts, ausgedehnter und ausschliesslicher Kompetenzen für den Bundesrat notwendig. Natürlich wurde damit das Regieren vereinfacht. Bundesrat und Behörden, aber auch das Parlament und die politischen Parteien gewöhnten sich an diese Machtausübung. Sie rückten näher zueinander, ja sehr oft bildeten sie, zusammen mit den Medien, eine gemeinsame Front gegen das Stimmvolk. Die Geschäfte seien zu komplex geworden, die internationale Verflechtung und die wirtschaftlich/sozialen Entwicklungen erforderten rasches Handeln und es gäbe keine Zeit, die schwierigen Zusammenhänge dem Stimmvolk zu erklären, abgesehen davon, dass die Mehrheit der Stimmberechtigten gar nicht mehr befähigt sei, sachgerechte Entscheidungen zu treffen.

Diese immer häufiger, besonders auch im Zusammenhang mit den europäischen Fragen, vertretene Meinung führte dazu, dass zuwiderlaufende Volksabstimmungen als überflüssig oder gar schädlich für das Wohl des Landes betrachtet wurden. Es wurde zur Gewohnheit bei unvermeidlichen Abstimmungen dem Stimmvolk, oft auch mit Drohungen verbunden, zu sagen, was es zu stimmen habe oder dann ganz einfach einen negativen Volksentscheid zu ignorieren. Typisch für diese Einstellung des Bundesrats ist, dass er nach der Ablehnung des EWR durch das Schweizervolk 1992 tausende von Euronormen als Swisslex in das Schweizerrecht übernommen hat, ohne sie dem Stimmvolk vorzulegen. Gemäss Bundesrat Deiss ist bei der Bundesverwaltung ein Büro eingerichtet worden, dass jeden Gesetzesvorschlag auf seine Eurokompatibilität überprüft. Bei einem solchen Verhalten wird der Bundesrat erst dann das Vertrauen des Stimmvolks wiedergewinnen können, wenn er bis zur letzten und auch noch so unwichtigen Rechtsnorm einmal klar und deutlich sagt, wie viel Eurorecht bereits heute in der Schweiz gültig ist. Es muss sich um tausende von Normen handeln und sehr wahrscheinlich um mehr als die Hälfte des geltenden materiellen Rechts, vornehmlich im wirtschaftlichen Bereich der Schweiz! Obwohl der Widerstand

gegen ein solches verfassungswidriges Vorgehen verständlich ist, wird nichts versäumt, ihn zu brechen, indem die „Neinsager“ mit Hilfe der Medien als rückständige, schlechte, nationalistische und rechtsextremistische Schweizer an den Pranger gestellt werden.

Entmündigung des Stimmvolks

Diese Vorgänge haben dazu geführt, dass heute in der Schweiz effektiv der Bundesrat und die Behörden, zusammen mit dem Parlament und den Medien, das Land, ohne Rücksicht auf das Stimmvolk regieren. Das ist der Grund für die schwache Stimmbeteiligung, sogar in wichtigen Vorlagen: „Man kann stimmen, was man will, die da Oben tun ohnehin, was sie angeblich für das Land als gut befinden“. Diese sich immer breiter machende Resignation verstärkt noch mehr die Macht des Bundesrats, was zum Beispiel an den Unsummen von Steuergeldern, die für den neu erwachten Persönlichkeitskult einzelner Bundesräte (angeblich ausschliesslich nur zur Pflege des IMAGE des Landes) ausgegeben werden. Zudem benützt der Bundesrat seine Machtstellung, um sich das Stimmvolk noch mehr gefügig zu machen. Mit seinen, viel Geld kostenden Polit-PR und Werbefirmen, wird dem Stimmvolk bei jeder wichtigen Stimmvorlage nie die ganze Wahrheit gesagt, obwohl nach ethischen Grundsätzen jede halbe Wahrheit auch eine Lüge ist! Zudem werden die Tatsachen beschönigt und so gedreht, dass sie schlussendlich zu dem vom Bundesrat angestrebten Abstimmungsresultat führen. Kaltlächelnd wird dann gesagt, „Seht auch das Volk steht hinter dem Bundesrat“. Ja, aber meistens mit einer Stimmbeteiligung von unter 50%, was zur Folge hat, dass bei einer solchen Abstimmung eine sogenannte Mehrheit der Stimmenden kaum mehr als 15 bis 30% der Stimmberechtigten erreicht.

Das ist auf jeden Fall keine echte demokratische Mehrheit des Stimmvolks. Solche Abstimmungen sollten (wie zum Beispiel in Italien) als ungültig erklärt oder wiederholt werden. Die Stimmmabstinenz, provoziert durch die Missachtung des Bundesrats von für ihn negativen Volks-Entscheidungen (seit 1992) ist der schlagende Beweis für die heute angewendete Methode, um die direkte Demokratie in der Schweiz faktisch abzuschaffen.

Beispiel des bilateralen Verkehrsabkommens mit der EU

Für die Irreführung des Stimmvolks gibt es zahllose Beispiele. Von vielen sei einmal mehr das bilaterale Verkehrsabkommen mit der EU erwähnt. Was alles hat nicht Bundesrat Leuenberger erzählt, damit das Volk ja stimmt: die kontinuierlich von ihm gemachten Konzessionen in bezug auf die Schwerverkehrsabgabe erklärte er damals im Gesamtinteresse eines ersten Schritts der Schweiz zur EU als notwendig - nicht zuletzt auch um der Swissair bessere Landrechte im EU-Raum zu beschaffen.

Und was ist daraus geworden? - ein noch nicht einmal von den EU-Staaten ratifiziertes Verkehrs-Abkommen, dafür die Freigabe der an die EU zugesicherten 40-Töner Kontingente seit Beginn des Jahres mit dem Resultat der totalen Überschwemmung des Landes mit Lastwagen und stundenlangen Staus. Eine Überschwemmung, die inzwischen zur schrecklichen Gotthard-Katastrophe

geführt hat und die sich heute als eine wesentliche Ursache der Katastrophe erweist: Die Lastwagen-Überschwemmung ist eindeutig durch das Nachgeben von Bundesrat Leuenberger bei der Höhe der Schwerverkehrsabgabe verursacht worden, weil dadurch die Schweiz zur billigsten Nord-Süd-Achse über die Alpen wurde. Bei dem folgenden Ansturm von Lastwagen konnte keine genügende Kontrolle der Lastwagen und ihrer Fahrer sichergestellt werden. Das mussten zumindest die Experten von Bundesrat Leuenberger vorausgesehen haben. Sie wurden ja auch vom Volk her genügend gewarnt. Wenn nunmehr festgestellt werden muss, dass die Katastrophe im Gotthard durch einen betrunkenen Fahrer ohne gültigen Fahrausweis verursacht wurde, dann ist die Frage berechtigt, ob das Verkehrsabkommen nicht um jeden Preis hätte angenommen und dem Volk zur Annahme empfohlen werden sollen! Schliesslich heisst „Regieren“ auch „Voraussicht“ üben und üben zu können.

Die Swissair - ein anderes Opfer der Annäherung an die EU

Und die Swissair - kein Mensch hat dem Stimmvolk gesagt, dass die Swissair beim Inkrafttreten des Verkehrs- Abkommens mit der EU ihre Beteiligung an der maroden Sabena auf über 85% zu erhöhen haben werde und die Belgier heute in guter EU - Manier die kleine Schweiz und die inzwischen kaputt gehende Swissair für einige hunderte Millionen mehr unter Druck setzen. Das gleiche gilt auch von den anderen Beteiligungen der Swissair bei Fluggesellschaften in Frankreich und Deutschland, die bisher schon Millionen gekostet haben und heute noch mehr fordern. Niemand bestreitet, dass es gerade diese Beteiligung sind, die eine kurz davor prosperierende Swissair zu Fall gebracht haben. Die höchst unangenehme Frage steht deshalb im Raum, ob und wie die Swissair gerade im Zusammenhang mit dem Verkehrsabkommen mit der EU zu solchen Beteiligungen gekommen ist. War es nur eine verfehlt Expansions-Strategie, oder etwa gar eine „suggerierte“ Vorleistung zum Gelingen der Verhandlungen mit der EU und die damit verbundenen Landrechte? Oder ist gar irgendein Druck auf die Swissair ausgeübt worden? Der gleich Druck, der auf das Stimmvolk ausgeübt wurde, um es zur Annahme der bilateralen Verträge zu bringen. Nachdem jetzt das ganze Swissair-Debakel den Bund, das heisst die schweizerischen Steuerzahler, Milliarden kostet, ist eine unparteiische und politisch unabhängige Untersuchung zum dringenden Gebot geworden.

Geringschätzung des Stimmvolks

Es gäbe noch tausende von Beispielen für die seitens der Behörden offen zu Tage tretende Geringschätzung des Stimmvolks und seiner Bedeutung für das Funktionieren der direkten Demokratie in der Schweiz. War es nicht der tschechische Staatspräsident Vaclav Havel selber, der bei seinem kürzlichen Besuch, darauf bestehen musste, zum Rütli als Symbol von Demokratie, Freiheit und Neutralität pilgern zu können, obwohl man schweizerischerseits eher der Auffassung war, es gäbe andere Orte, die besser eine moderne, junge, solidarische, sozial fortschrittliche, mondialisierte und natürlich ganz europaorientierte Schweiz zu symbolisieren vermögen.

Tödliche Gefahren für die direkte Demokratie

Als ein alter, treuer Schweizer muss man heute mit Entsetzen feststellen, wie weit es in der Schweiz gekommen ist. Als langjähriger Staatsdiener versteht man die neue Generation bei den Behörden und Verwaltungen nicht mehr. Eine Generation, der es nur nach immer mehr Kompetenzen, in Wirklichkeit ganz einfach um mehr Macht, und zwar eine von Stimmvolk unkontrollierte Macht geht, um so auch international eine „wichtige Rolle“ mit den dazugehörigen Annehmlichkeiten spielen zu können. Für diese Leute, so hochgestellt sie sein mögen, ist das Wort „Staatsdiener“ ein Fremdwort geworden! Nicht sie sind für Land und Volk da, sondern das Land und seine Bewohner müssen für sie, die Inhaber der öffentlichen Gewalt, da sein.

Eine solche Mentalität bedeutet den Tod nicht nur der direkten Demokratie, sondern ganz einfach das Ende jeder demokratisch-republikanischen Ordnung mit ihrer leider heute mit Füßen getretenen Trennung der drei Gewalten (Exekutive, Gesetzgebung und Justiz). Damit wird das Tor zu Macht und Willkür weit geöffnet. Eine, Willkür die dank einem undurchdringlichen Dickicht von Gesetzen, Verordnungen, Reglementen und Rechtsnormen jeder Art (wie das besonders in der EU der Fall ist) jeden einzelnen von uns zum Sklaven der Machthaber eines Landes macht. In der Schweiz ist das nicht anders als in den Mitgliedstaaten der EU, die sich nach wie vor, und recht grossartig als die Elite der Demokratien der Welt bezeichnen. Das ist wohl der Grund warum es die Machthaber in der Schweiz so eilig haben, der EU beizutreten. Dabei übersehen sie, dass sie damit der direkten Demokratie in der Schweiz endgültig den Garaus machen werden!